

Beitrags- und Gebührensatzung Abwasserbeseitigung der Stadt Husum vom 25.11.2021 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 30. November 2023

Aufgrund des § 4 Abs. 1 S. 1 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein, der §§ 1 Abs. 1; 2 Abs. 1 S. 1; 6, 8, 9 und 9a des Kommunalabgabengesetzes Schleswig-Holstein, der §§ 1; 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes sowie der §§ 18 Abs.1 Satz 1 und 19 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 29.05.1995 mit der Gemeinde Mildstedt, alle Gesetze in der jeweils geltenden Fassung,

wird nach Beschlussfassung durch das Stadtverordnetenkollegium vom 30.11.2023 folgende Satzung erlassen:

Inhalt	
I.	Abschnitt: Grundlagen der Abgabenerhebung 3
§ 1	Öffentliche Einrichtungen 3
§ 2	Grundsätze der Abgabenerhebung 3
II.	Abschnitt: Beiträge für die zentralen Abwassereinrichtungen 4
§ 3	Grundsätze der Beitragserhebung..... 4
§ 4	Beitragsfähige Aufwendungen 4
§ 5	Berechnung des Beitrags 4
§ 6	Gegenstand der Beitragspflicht 4
§ 7	Beitragsmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung..... 5
§ 8	Beitragsmaßstab für die Niederschlagswasserbeseitigung 8
§ 9	Beitragspflichtige 9
§ 10	Entstehung des Beitragsanspruchs 9
§ 11	Vorauszahlungen 10
§ 12	Veranlagung, Fälligkeit 10
§ 13	Ablösung 10
§ 14	Beitragssätze..... 10
III.	Abschnitt: Gebühren für die zentralen Abwassereinrichtungen 11
§ 15	Grundsätze der Gebührenerhebung 11
§ 16	Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung 11
§ 17	Verschmutzungszuschlag 12
§ 18	Gebührenmaßstab für die Niederschlagswasserbeseitigung..... 14
§ 19	Erhebungszeitraum 16
§ 20	Gebührenpflicht..... 16
§ 21	Entstehung des Gebührenanspruchs 16
§ 22	Vorauszahlungen 16

§ 23	Gebührensschuldner.....	16
§ 24	Fälligkeit.....	17
§ 25	Gebührensätze	17
IV.	Abschnitt: Gebühren für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung.....	17
§ 26	Grundsätze und Maßstab für die Gebühren bei dezentraler Schmutzwasserbeseitigung	17
§ 27	Gebührensätze	18
§ 28	Gebührenpflicht und entsprechend anwendbare Bestimmungen	18
V.	Abschnitt: Verwaltungsgebühren	18
§ 29	Gegenstand der Gebühr	18
§ 30	Sachliche Gebührenfreiheit	19
§ 31	Persönliche Gebührenfreiheit	19
§ 32	Höhe der Gebühren	19
§ 33	Gebührenpflichtige	20
§ 34	Entstehung der Gebühren- und Erstattungspflicht, Fälligkeit	20
VI.	Abschnitt: Sonstige Gebühren.....	21
§ 35	Gebühren für sonstige Abwasserbeseitigung	21
§ 36	(entfallen)	21
§ 37	Gebühren für den Einsatz der TV-Kamera.....	21
§ 38	Gebühren für sonstige Leistungen.....	21
§ 39	Gebührensätze	22
VII.	Abschnitt: Kostenerstattungen für Grundstücksanschlüsse.....	22
§ 40	Erstattung von Grundstücksanschlusskosten.....	22
VIII.	Abschnitt: Gemeinsam geltende Vorschriften.....	23
§ 41	Umsatzsteuer	23
§ 42	Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht.....	23
§ 43	Datenverarbeitung	23
§ 44	Ordnungswidrigkeiten	25
§ 45	Inkrafttreten	25
	Anlage zur der Beitrags- und Gebührensatzung Abwasserbeseitigung (Tarifteil).....	26

I. Abschnitt: Grundlagen der Abgabenerhebung

§ 1 Öffentliche Einrichtungen

- (1) Die Stadt Husum betreibt zentrale öffentliche Einrichtungen für die Schmutzwasserbeseitigung in der Stadt Husum und der Gemeinde Mildstedt sowie die Niederschlagswasserbeseitigung in der Stadt Husum nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 ihrer Allgemeinen Abwassersatzung in der jeweils geltenden Fassung. Alle Regelungen dieser Satzung mit Ausnahme derjenigen für die Niederschlagswasserbeseitigung und die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung gelten auch im Gebiet der Gemeinde Mildstedt.
- (2) Die Stadt Husum betreibt eine weitere öffentliche Einrichtung zur dezentralen Schmutzwasserbeseitigung (Abfuhr und Beseitigung von Schlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus abflusslosen Gruben) nur in der Stadt Husum nach Maßgabe von § 4 Abs. 3 ihrer Allgemeinen Abwassersatzung.
- (3) Die Abwasserbeseitigung im Umfang dieser Satzung wird vom Eigenbetreib „Stadtwerke Husum Abwasserentsorgung“ geführt.

§ 2 Grundsätze der Abgabenerhebung

- (1) Die Stadt Husum erhebt Beiträge für die erstmalige Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen, für die Erschließung von Grundstücken in neuen Baugebieten (räumliche Erweiterung der Abwasserbeseitigungsanlagen) und für die erstmalige Schaffung der Anschlussmöglichkeit bisher nicht angeschlossener Grundstücke.
- (2) Die Stadt Husum erhebt Teilbeiträge für ihre Anlagen zur Abwasserreinigung von den Grundstückseigentümern, die erstmalig eine Kleinkläranlage oder eine abflusslose Grube herzustellen haben.
- (3) Die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau, die Erneuerung sowie für den Umbau zentraler öffentlicher Abwasserbeseitigungsanlagen wird von der Stadt Husum ggf. in einer besonderen Satzung geregelt.
- (4) Die Stadt Husum erhebt für die Vorhaltung und Inanspruchnahme ihrer öffentlichen Einrichtungen zur Abwasserbeseitigung Gebühren.
- (5) Für die Herstellung, Änderung, Erweiterung sowie den Umbau von Grundstücksanschlüssen fordert die Stadt Husum Erstattung der Kosten bzw. Ersatz der Aufwendungen in tatsächlicher Höhe.

II. Abschnitt: Beiträge für die zentralen Abwassereinrichtungen

§ 3 Grundsätze der Beitragserhebung

- (1) Die Stadt Husum erhebt getrennte einmalige Beiträge für die zentralen öffentlichen Einrichtungen der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung.
- (2) Beiträge werden erhoben zur Abgeltung der Vorteile, die durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme entstehen.

§ 4 Beitragsfähige Aufwendungen

- (1) Beitragsfähig sind Investitionsaufwendungen für die eigenen Anlagen der Stadt Husum für die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigung nach der Allgemeinen Abwassersatzung. Aufwendungen für Anlagen Dritter (Baukostenzuschüsse) sind beitragsfähig, wenn die Stadt Husum durch sie dauerhafte Nutzungsrechte an Abwasseranlagen erworben hat.
- (2) Bei der Berechnung der Beitragssätze sind Zuschüsse sowie die durch spezielle Deckungsmittel auf andere Weise gedeckten Aufwandsteile abzuziehen.
- (3) Aufwendungen oder Aufwandsanteile für die Straßenentwässerung sind nicht beitragsfähig und bei der Beitragskalkulation herauszurechnen.
- (4) Der nicht durch Beiträge, Zuschüsse oder auf andere Weise unmittelbar gedeckte Teil der Investitionsaufwendungen wird ausschließlich durch Abschreibungen und Zinsen im Rahmen der Abwassergebühren finanziert.
- (5) Für die Herstellung von Grundstücksanschlüssen erhebt die Stadt Husum Kostenerstattungen, die entsprechenden Aufwendungen für Grundstücksanschlüsse sind nicht beitragsfähig.

§ 5 Berechnung des Beitrags

Der Beitrag errechnet sich durch die Vervielfältigung der nach den Bestimmungen über den Beitragsmaßstab (§§ 7 und 8) berechneten und gewichteten Grundstücksfläche mit den Beitragssätzen (§ 14).

§ 6 Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an eine zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung angeschlossen werden können und für die

1. eine bauliche, gewerbliche, industrielle oder vergleichbare Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut, gewerblich, industriell oder in vergleichbarer Weise genutzt werden dürfen,
 2. eine bauliche, gewerbliche, industrielle oder vergleichbare Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung in der Gemeinde Mildstedt oder in der Stadt Husum zur Bebauung oder gewerblichen, industriellen oder vergleichbaren Nutzung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Der Teilbeitragspflicht für die Abwasserreinigung unterliegen die Grundstücke, für die eine Kleinkläranlage oder eine abflusslose Grube vorzuhalten ist (§ 2 der Allgemeinen Abwassersatzung).
- (4) Grundstück im Sinne der §§ 4 bis 15 dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im grundbuchrechtlichen Sinne (Buchgrundstück).
- (5) Der Beitragspflicht unterliegen auch Grundstücke, für die eine Beitragsschuld bereits entstanden ist oder die beitragsfrei angeschlossen worden sind, soweit sich die bauliche Nutzbarkeit des Grundstücks, z.B. durch Verdichtung der Bebauung oder Bebauung in zweiter Reihe, erhöht.
- (6) Weitere Anschlussbeiträge können auch erhoben werden, wenn das Grundstück mit Grundstücksflächen vereinigt wird, für die eine Beitragsschuld bisher nicht entstanden ist, soweit die Voraussetzungen für eine Teilflächenabgrenzung oder satzungsrechtliche Tiefenbegrenzung entfallen sind oder soweit ein Grundstück unter Einbeziehung von Teilflächen, für die eine Beitragsschuld bereits entstanden ist, neu gebildet wird.

§ 7 Beitragsmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung

- (1) Der Abwasserbeitrag für die Schmutzwasserbeseitigung wird aufgrund der nach der Zahl der Vollgeschosse gewichteten Grundstücksfläche (Vollgeschossmaßstab) erhoben.
- (2) Für die Ermittlung der Grundstücksfläche gilt:
1. Soweit Grundstücke im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB), einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB oder in einem Gebiet liegen, für das ein Bebauungsplanentwurf die Voraussetzungen des § 33 BauGB erfüllt, wird die Fläche, auf die der Bebauungsplan bzw. der Bebauungsplanentwurf die bauliche, gewerbliche, industrielle oder vergleichbare Nutzungsfestsetzung bezieht, in vollem Umfang berücksichtigt.

2. Liegt ein Grundstück nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes, aber im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) oder im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB (Außenbereichssatzung), wird die Grundstücksfläche, die baulich, gewerblich, industriell oder vergleichbar genutzt wird oder genutzt werden kann, in vollem Umfang berücksichtigt. Als Bebauung im Sinne der vorstehenden Regelungen gelten nicht untergeordnete Baulichkeiten wie z.B. Gartenhäuser, Schuppen, Ställe für die Geflügelhaltung für den Eigenverbrauch und dgl., anders aber Garagen.
3. Für bebaute, angeschlossene Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB) wird als Grundstücksfläche die mit baulichen Anlagen, die angeschlossen oder anschließbar sind, überbaute Fläche vervielfältigt mit 5. Der angeschlossene unbebaute und gewerblich, industriell oder in vergleichbarer Weise genutzte Teil von Grundstücken im Außenbereich wird zusätzlich berücksichtigt. Höchstens wird die tatsächliche Grundstücksfläche berücksichtigt. Die nach Satz 1 ermittelte Fläche wird den baulichen Anlagen derart zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der baulichen Anlagen verlaufen (Umgriffsfläche); bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze durch diese Zuordnung und soweit Flächen nach Satz 2 dabei überdeckt würden, erfolgt eine gleichmäßige Flächenergänzung auf den anderen Seiten. Sätze 1 bis 4 gelten für unbebaute Grundstücke im Außenbereich, die anschließbar sind, weil sie früher bebaut waren und nach § 35 BauGB wieder bebaubar sind, entsprechend. Als mit baulichen Anlagen überbaute Fläche gilt in diesen Fällen die Fläche, die früher auf dem Grundstück überbaut war.
4. Für Campingplätze und Freibäder wird die volle Grundstücksfläche zu Grunde gelegt. Für Dauerkleingärten, Sportplätze, Festplätze und Grundstücke mit ähnlichen Nutzungen wird die Grundstücksfläche nur mit 75 v.H. angesetzt. Für Friedhöfe, auch wenn sie mit einer Kirche bebaut sind, gilt Ziff. 3 Satz 1.
5. Im Falle der Nacherhebung von Beiträgen gem. § 6 Abs. 5, 6 ist die beitragspflichtige Fläche aus der Differenz der Beitragsfläche vor und nach Erhöhung des Nutzungsvorteiles zu bilden.
6. Wird ein Grundstück, für das ein Anschlussbeitrag bereits erhoben ist, geteilt und erhöht sich gleichzeitig die bauliche Nutzbarkeit (§ 6 Abs. 6), wird der bereits erhobene Beitrag auf die neu gebildeten Grundstücke im Verhältnis deren Fläche verteilt.
7. Wird ein Grundstück, für das ein Anschlussbeitrag bereits erhoben ist, mit anderen Grundstück vereinigt (§ 6 Abs. 6), wird der bereits erhobene Beitrag auf die neu gebildeten Grundstücke im Verhältnis deren Fläche verteilt.

(3) Für die Ermittlung des unterschiedlichen Maßes der Nutzung wird die nach Absatz 2 ermittelte Grundstücksfläche

1. vervielfacht mit einem Nutzungsfaktor von
 - a) 1,0 bei einer Bebaubarkeit mit einem Vollgeschoss,
 - b) 1,3 bei einer Bebaubarkeit mit zwei Vollgeschossen,
 - c) 1,6 bei einer Bebaubarkeit mit drei Vollgeschossen,
 - d) 1,9 bei einer Bebaubarkeit mit vier Vollgeschossen und mehr.

Für jedes weitere Vollgeschoss erhöht sich der Nutzungsfaktor um 0,3.

2. Für Grundstücke, die von einem Bebauungsplan, einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB oder einem Bebauungsplanentwurf, der die Voraussetzungen des § 33 erfüllt, erfasst sind, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse wie folgt:
 - a) Ist die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt, aus der höchstzulässigen Zahl der Vollgeschosse.
 - b) Sind nur Baumassenzahlen festgesetzt, gilt die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse.
 - c) Ist nur die zulässige Höhe von baulichen Anlagen festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die höchstzulässige Höhe geteilt durch 2,3 m, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen kaufmännisch auf- oder abgerundet werden.

Ist tatsächlich eine höhere als die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse zugelassen oder vorhanden, ist diese zu Grunde zu legen; das gilt entsprechend, wenn die höchstzulässige Höhe der baulichen Anlagen überschritten wird.

3. Für Grundstücke oder Grundstücksteile, soweit sie von einem Bebauungsplan nicht erfasst sind oder für Grundstücke oder Grundstücksteile, für die ein Bebauungsplan, eine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB oder ein Bebauungsplanentwurf (§ 33 BauGB) die Zahl der Vollgeschosse, die Baumassenzahl oder die Höhe der baulichen Anlagen nicht festsetzt, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse
 - a) bei bebauten Grundstücken aus der Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse;
 - b) bei unbebauten aber bebaubaren Grundstücken als zulässige Zahl der Vollgeschosse unter Berücksichtigung der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Zahl der Vollgeschosse.
4. Bei Grundstücken, auf denen Garagen oder Stellplätze zulässig oder vorhanden sind, gelten Garagengeschosse als Vollgeschosse; mindestens wird ein Vollgeschoss zu Grunde gelegt.

5. Bei Gebäuden der Religionsausübung, z.B. Kirchen und Friedhofskapellen, wird ein Vollgeschoss zu Grunde gelegt.
6. Bei Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist, die aber gewerblich oder industriell genutzt werden können oder werden, wird ein Vollgeschoss zu Grunde gelegt. Das gilt für Campingplätze und Freibäder entsprechend, es sei denn, aus der Bebauungsmöglichkeit oder Bebauung ergibt sich eine höhere Zahl der Vollgeschosse, die dann zu Grunde gelegt wird.
7. Bei Grundstücken, bei denen die Bebauung auf Grund ihrer Nutzung nur untergeordnete Bedeutung hat oder die nur in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Art genutzt werden können, insbesondere Dauerkleingärten, Festplätze und Sportplätze, wird anstelle eines Faktors nach Ziff. 1. die anrechenbare Grundstücksfläche mit dem Faktor 0,25 berücksichtigt.
8. Vollgeschosse i.S. der vorstehenden Regelungen sind nur Vollgeschosse i.S. der Landesbauordnung. Ergibt sich aufgrund alter Bausubstanz, dass kein Geschoss die Voraussetzungen der Landesbauordnung für ein Vollgeschoss erfüllt, wird ein Vollgeschoss zu Grunde gelegt.

§ 8 Beitragsmaßstab für die Niederschlagswasserbeseitigung

- (1) Der Abwasserbeitrag für die Niederschlagswasserbeseitigung wird nach der mit der Grundflächenzahl vervielfachten Grundstücksfläche (Abflussfläche) erhoben.
- (2) Die Grundstücksfläche ist nach § 7 Abs. 2 zu ermitteln.
- (3) Als Grundflächenzahl nach Abs. 1 gelten
 1. soweit ein Bebauungsplan besteht, die darin festgesetzte höchstzulässige Grundflächenzahl oder Grundfläche,
 2. soweit ein Bebauungsplan besteht, in dem eine zulässige Grundflächenzahl oder Grundfläche nicht bestimmt ist, die Grundflächenzahlen aus der im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bebauungsplans geltenden Baunutzungsverordnung (BauNVO),
 3. soweit kein Bebauungsplan besteht, die folgenden Werte:

Kleinsiedlungs-, Wochenendhaus- und Campingplatzgebiete	0,2
Wohn-, Dorf-, Misch- und Ferienhausgebiete	0,3
Gewerbe-, Industrie- und Sondergebiete i.S. von § 11 BauNVO	0,6
Kerngebiete	0,8
 4. für Sport- und Festplätze sowie für selbstständige Garagen- und Einstellplatzgrundstücke

- | | | |
|----|--|-----|
| 5. | für Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB) sowie bei Friedhofsgrundstücken, Campingplätzen und Schwimmbädern | 0,2 |
| 6. | für Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB), bei denen durch Planfeststellung eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist | 1,0 |
- In den Fällen des § 7 Abs. 2 Ziff. 1 (Innenbereichsatzungen, Bebauungsplanentwürfe) gelten die Regelungen für Bebauungspläne (Ziff. 1 und 2) entsprechend.

Die Gebietszuordnung gemäß Ziff. 2. richtet sich für Grundstücke, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen, nach der Festsetzung im Bebauungsplan, in der Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB oder im Bebauungsplanentwurf (§ 33 BauGB).

- (4) Soweit die tatsächlich überbaute Fläche auf einem Grundstück größer ist als die mit der Grundflächenzahl vervielfachte Grundstücksfläche, so ist sie zu Grunde zu legen.
- (5) Im Falle der Nacherhebung von Beiträgen gem. § 6 Abs. 5, 6 ist die beitragspflichtige Fläche aus der Differenz der Beitragsfläche vor und nach Erhöhung des Nutzungsvorteiles zu bilden.
- (6) Wird ein Grundstück, für das ein Anschlussbeitrag bereits erhoben ist, geteilt und erhöht sich gleichzeitig die bauliche Nutzbarkeit (Abs. 6), wird der bereits erhobene Beitrag auf die neu gebildeten Grundstücke im Verhältnis deren Fläche verteilt.
- (7) Wird ein Grundstück, für das ein Anschlussbeitrag bereits erhoben ist, mit anderen Grundstück vereinigt (§ 6 Abs. 6), wird der bereits erhobene Beitrag auf die neu gebildeten Grundstücke im Verhältnis deren Fläche verteilt.

§ 9 Beitragspflichtige

Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Bescheides Eigentümerin oder Eigentümer des Grundstücks oder zur Nutzung am Grundstück dinglich Berechtigte oder Berechtigter ist. Mehrere Beitragspflichtige sind Gesamtschuldnerinnen oder Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§ 10 Entstehung des Beitragsanspruchs

- (1) Der Beitragsanspruch für die Schmutz- oder Niederschlagswasserbeseitigung entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung oder der erstmaligen Schaffung der Anschlussmöglichkeit der jeweiligen zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage vor dem Grundstück einschließlich eines Grundstücksanschlusses bei Anliegergrundstücken bis zum zu entwässernden Grundstück, bei Hinterliegergrundstücken bis zur Grenze des trennenden oder vermittelnden Grundstücks mit der Straße, in der die Leitung verlegt ist. Soweit ein Beitragsanspruch nach Satz 1 noch nicht entstanden ist, entsteht er spätestens mit dem tatsächlichen Anschluss.

- (2) Im Falle des § 6 Abs. 2 entsteht der Beitragsanspruch mit dem Anschluss, frühestens jedoch mit der Genehmigung des Anschlusses nach der Allgemeinen Abwassersatzung.
- (3) Der Teilbeitragsanspruch für die Abwasserreinigung (§ 2 Abs. 2) entsteht mit der Möglichkeit der Inanspruchnahme der Kläranlage.

§ 11 Vorauszahlungen

Auf Beiträge können bis zur Höhe des voraussichtlichen Beitrages Vorauszahlungen gefordert werden, sobald mit der Ausführung einer Maßnahme begonnen wird. § 9 gilt entsprechend.

§ 12 Veranlagung, Fälligkeit

Der Abwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Bei der Erhebung von Vorauszahlungen können längere Fristen bestimmt werden.

§ 13 Ablösung

Vor Entstehung der Beitragspflicht kann der Beitragsanspruch im Ganzen durch Vertrag zwischen dem Beitragspflichtigen und der Stadt Husum in Höhe des voraussichtlich entstehenden Anspruches abgelöst werden. Für die Berechnung des Ablösebetrages gelten die Bestimmungen dieser Satzung.

§ 14 Beitragssätze

- (1) Die Beitragssätze betragen bei der
 - a) Schmutzwasserbeseitigung 3,14 € /m² Beitragsfläche
 - b) Niederschlagswasserbeseitigung 3,53 € /m² Beitragsfläche.
- (2) Bei Teilbeitragspflicht betragen die Beitragssätze
 - für die Schmutzwasserreinigung 0,92 € /m² Beitragsfläche
 - für die Schmutzwassersammlung 1,21 € /m² Beitragsfläche

III. Abschnitt: Gebühren für die zentralen Abwassereinrichtungen

§ 15 Grundsätze der Gebührenerhebung

- (1) Für die Vorhaltung und die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwassereinrichtungen werden Abwassergebühren nach Maßgabe der folgenden Vorschriften erhoben.
- (2) Abwassergebühren werden für die Grundstücke, von denen in die öffentlichen zentralen Abwasserbeseitigungsanlagen eingeleitet wird oder die in diese entwässern, erhoben.
- (3) In die Gebührenkalkulation gehen neben den Kosten für die eigenen Anlagen der Stadt Husum auch laufende Kosten für die Nutzung von Anlagen Dritter, deren die Stadt Husum sich zur Abwasserbeseitigung bedient, die Abschreibungen aus Baukostenzuschüssen für Anlagen Dritter (§ 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 Allgemeine Abwassersatzung der Stadt Husum) und Abschreibungen für der Stadt Husum unentgeltlich übertragene Abwasserbeseitigungsanlagen, insbesondere aufgrund von Erschließungsverträgen, ein. Der Wert von unentgeltlich übergebenen Abwasseranlagen gilt für die Zinsberechnung als aus beitragsähnlichen Entgelten finanziert.

§ 16 Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung

- (1) Die Gebühr für die Schmutzwasserbeseitigung wird nach einem die tatsächliche Inanspruchnahme berücksichtigenden Maßstab erhoben. Für die Berücksichtigung von Nebenzählern wird pro Meßeinrichtung eine Grundgebühr von 12,00 € pro Jahr erhoben.
- (2) Maßstab für die Gebühr ist die Schmutzwassermenge, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Schmutzwasser.
- (3) Als in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen gelangt gelten
 1. die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
 2. die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge, insbesondere Niederschlagswasser, das in einem Wasserspeicher gesammelt und auf dem Grundstück verbraucht wird,
 3. die tatsächlich eingeleitete Schmutzwassermenge, insbesondere soweit eine Abwassermesseinrichtung besteht.
- (4) Hat ein Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wasser- bzw. Schmutzwassermenge von der Stadt Husum unter Zugrundelegung des Verbrauchs bzw. der Einleitungsmenge des Vorjahres und Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.

- (5) Die Wassermenge nach Abs. 3 Nr. 1, die aus privaten Wasserversorgungsanlagen entnommen wurde, und die Wassermenge nach Abs. 3 Nr. 2 hat der Gebührenpflichtige der Stadt Husum für den Bemessungszeitraum (Kalenderjahr) bis zum 31. Januar des folgenden Jahres anzuzeigen. Sie ist durch Wasserzähler nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn die Stadt Husum auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Soweit Niederschlagswasser der Schmutzwasserkanalisation zugeführt werden muss und die Menge nicht gemessen wird, wird die eingeleitete Menge berechnet aus der Fläche nach § 18 vervielfältigt mit dem durchschnittlich in der Stadt Husum im Jahr anfallenden Niederschlag; dieser beträgt 0,85 m³ je Quadratmeter und Jahr. Die Stadt Husum ist in den Fällen des Abs. 3 berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (6) Von der Wassermenge nach § 16 Abs. 3 Nr. 1 und 2 werden die Wassermengen abgezogen, die nachweislich nicht in die Abwasseranlagen eingeleitet werden. Dies sind insbesondere Wassermengen zum Sprengen des Gartens oder Wassermengen, die in Produktionsprozessen verbraucht werden. Der Nachweis ist, soweit möglich, durch einen im vorhandenen Trinkwassersystem des Grundstückes fest verbauten, frostsicheren, geeichten und verplombten Wasserzähler (Nebenzähler) zu führen. Für den Nachweis der für die Gartenbewässerung verwendeten Wassermengen ist ein Nebenzähler (Gartenwasserzähler) stets möglich. Der Einbau des Nebenzählers und die Verplombung darf nur durch Personen mit einem Berufsabschluss als Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik durchgeführt werden. Der Einbau des Nebenzählers ist bei der Stadt Husum zu beantragen und nach Genehmigung der Einbau unter Einhaltung der vorstehenden Vorgaben auf Verlangen nachzuweisen. Im Übrigen gilt Abs. 5 sinngemäß.
- (7) Wassermengen, die von einem Wasserzähler erfasst wurden, aber nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Dies sind insbesondere versickerte Wassermengen aufgrund von Rohrbrüchen und dergl. Der Antragsteller hat zum Nachweis überprüfbare Unterlagen vorzulegen. Erforderlichenfalls kann sich die Stadt Husum vom Antragsteller zu beschaffende Gutachten vorlegen lassen. Zuviel gezahlte Gebühren werden verrechnet oder erstattet.

§ 17 Verschmutzungszuschlag

- (1) Wird in die zentrale Einrichtung zur Schmutzwasserbeseitigung stark verschmutztes Schmutzwasser eingeleitet, gilt abweichend von § 25 der erhöhte Gebührensatz nach Absatz 2 und 3. Schmutzwasser gilt als stark verschmutzt, wenn mindestens einer der nachfolgenden Grenzwerte für häusliches Schmutzwasser überschritten wird:

Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	902 g/m ³
Stickstoff (N)	83 g/m ³
Phosphor (P)	14 g/m ³
absetzbare Stoffe (ASS)	45 l/m ³

- (2) Der Gebührensatz für die Schmutzwasserbeseitigung stark verschmutzten Schmutzwassers im Sinne des Absatzes 1 berechnet sich in Abhängigkeit von dem Verschmutzungsgrad nach der folgenden Formel:

$$GS = TGS_{vu} + \left(TGS_{CSB} * \frac{CSB_{eS}}{CSB_{hS}} \right) + \left(TGS_N * \frac{N_{eS}}{N_{hS}} \right) + \left(TGS_P * \frac{P_{eS}}{P_{hS}} \right) + \left(TGS_{ASS} * \frac{ASS_{eS}}{ASS_{hS}} \right) + TGS_S$$

<i>GS</i>	Gebührensatz in Euro/m ³ für stark verschmutztes Wasser
<i>TGS_{vu}</i>	Teilgebührensatz in Euro für die verschmutzungsunabhängige Reinigung
<i>TGS_{CSB}</i>	Teilgebührensatz in Euro für die Reinigung in Bezug auf den chemischen Sauerstoffbedarf
<i>CSB_{eS}</i>	CSB-Wert des eingeleiteten Schmutzwassers in g/m ³ , ermittelt gemäß Absatz 4, mindestens jedoch der Grenzwert häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>CSB_{hS}</i>	CSB-Wert häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>TGS_N</i>	Teilgebührensatz in Euro für die Reinigung in Bezug auf Stickstoff
<i>N_{eS}</i>	Stickstoff-Wert des eingeleiteten Schmutzwassers in g/m ³ , ermittelt gemäß Absatz 4, mindestens jedoch der Grenzwert häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>N_{hS}</i>	Stickstoff-Wert häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>TGS_P</i>	Teilgebührensatz in Euro für die Reinigung in Bezug auf Phosphor
<i>P_{eS}</i>	Phosphor-Wert des eingeleiteten Schmutzwassers in g/m ³ , ermittelt gemäß Absatz 4, mindestens jedoch der Grenzwert häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>P_{hS}</i>	Phosphor-Wert häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>TGS_{ASS}</i>	Teilgebührensatz in Euro für die Reinigung in Bezug auf absetzbare Stoffe
<i>ASS_{eS}</i>	Wert absetzbarer Stoffe des eingeleiteten Schmutzwassers in l/m ³ , ermittelt gemäß Absatz 4, mindestens jedoch der Grenzwert häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>ASS_{hS}</i>	Wert absetzbarer Stoffe häuslichen Schmutzwassers gemäß Absatz 1
<i>TGS_S</i>	Teilgebührensatz in Euro für die Sammlung des Schmutzwassers

- (3) Der Teilgebührensatz im Sinne des Absatzes 2 beträgt für
- | | |
|---|-------------------------|
| die verschmutzungsunabhängige Reinigung (<i>TGS_{vu}</i>) | 0,34 €/m ³ |
| die Sammlung des Schmutzwassers (<i>TGS_S</i>) | 1,19 €/m ³ |
| und für die Reinigung in Bezug auf | |
| den Chemischen Sauerstoffbedarf (<i>TGS_{CSB}</i>) | 0,29 €/m ³ |
| Stickstoff (<i>TGS_N</i>) | 0,21 €/m ³ |
| Phosphor (<i>TGS_P</i>) | 0,15 €/m ³ |
| die absetzbaren Stoffe (<i>TGS_{ASS}</i>) | 0,32 €/m ³ . |

- (4) Die Verschmutzungswerte von stark verschmutztem Schmutzwasser werden durch einen amtlich anerkannten Sachverständigen ermittelt. Dieser nimmt mindestens über vier Wochen täglich homogenisierte Tagesmischproben. Aus diesen wird in Abhängigkeit von der jeweils eingeleiteten Schmutzwassermenge ein mittlerer Verschmutzungswert bestimmt. Der Beprobungszeitraum hat die repräsentative Jahresfracht abzubilden. Die näheren Bedingungen der Ermittlung der Verschmutzungswerte, insbesondere den konkreten Beprobungszeitraum, legt die Stadt Husum unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest.
- (5) Die Stadt Husum kann eine Untersuchung des eingeleiteten Schmutzwassers nach Maßgabe des Absatzes 4 jederzeit verlangen oder selbst veranlassen. Führt eine Untersuchung des Schmutzwassers entweder erstmals zu einem erhöhten Gebührensatz nach Absatz 2 oder zu einer Erhöhung des bisher zugrunde gelegten Gebührensatzes nach Absatz 2, trägt der Gebührenschuldner die Kosten.
- (6) Der Gebührenschuldner kann jederzeit durch Vorlage eines Gutachtens eines amtlich anerkannten Sachverständigen über eine Untersuchung des eingeleiteten Schmutzwassers nach Maßgabe des Absatzes 4 nachweisen, dass ein geringerer Verschmutzungsgrad als bisher zugrunde gelegt vorliegt. Der Gebührenschuldner hat die Stadt Husum rechtzeitig vor Durchführung einer solchen Untersuchung schriftlich zu informieren. Er trägt die Kosten der Untersuchung.
- (7) Bei Betrieben mit besonders starker Verschmutzung kann die Stadt Husum eine halbjährliche Untersuchung des eingeleiteten Schmutzwassers nach Maßgabe des Absatzes 4 anordnen.

§ 18 Gebührenmaßstab für die Niederschlagswasserbeseitigung

- (1) Die Gebühr für die Niederschlagswasserbeseitigung wird nach der bebauten und befestigten Fläche auf dem Grundstück, von der Niederschlagswasser in die Abwasseranlagen gelangt, erhoben. Vorstehender Satz 1 gilt auch für Niederschlagswasser, das nicht über den Grundstücksanschluss, sondern über öffentliche Straßenflächen oder über Entwässerungsanlagen der Stadt Husum und der Gemeinden, die nicht Bestandteil der Einrichtung zur Niederschlagswasserbeseitigung sind, oder über gemeinsame Grundstücksanschlüsse mit Nachbarn in die Abwasseranlagen gelangt. Ferner gelten als angeschlossen auch solche Grundstücke, von denen aus Versickerungseinrichtungen mit Notüberläufen (z.B. Versickerungsmulden, Versickerungsrigolen, Versickerungsleitungen) sowie aus Rückhalteeinrichtungen mit Notüberläufen (z.B. Zisternen) Wassermengen in den Niederschlagswasserkanal eingeleitet werden.

- (2) Für die bebauten und befestigten Flächen nach Abs. 1 gelten die folgenden Abflussbeiwerte:

Geneigte Dächer (ab 3° Dachneigung)	0,90
Flachdächer (bis 3 ° Dachneigung)	0,80
Begrünte Dächer, Reetdächer	0,30
Asphalt, Beton oder ähnlich	0,70
Betonverbundsteine, Platten, Pflaster oder ähnlich	0,60
Rasengittersteine, Schotter, Grand, Asche, „Öko-Pflaster“ oder ähnlich	0,20

- (3) Der Gebührenpflichtige hat der Stadt Husum binnen eines Monats die Änderung der für die Gebührenerhebung erforderlichen Daten schriftlich mitzuteilen. Die Daten werden ab dem 1. des folgenden Monats nach der Änderung bei der Festsetzung der Niederschlagswassergebühren berücksichtigt.
- (4) Kommt der Gebührenpflichtige seiner Mitteilungspflicht nach Abs. 3 nicht fristgemäß nach, kann die Stadt Husum die Berechnungsdaten schätzen.
- (5) Ist auf dem Grundstück eine fest installierte und genehmigte Regenwassernutzungsanlage mit Überlauf in die öffentliche Niederschlagswasseranlage vorhanden, die ein Mindestfassungsvolumen von 2 m³ hat und die zur Sammlung und zur Nutzung von Niederschlagswasser dient, reduziert sich die Größe der überbauten und befestigten mit dem Abflussbeiwert gewichteten Flächen, von der aus Niederschlagswasser in diese Anlage abgeleitet wird, um 15 m² je m³ Fassungsvermögen des Auffangbehälters. Daraus resultierende negative Berechnungsgrundlagen finden keine Berücksichtigung. Ist ein Überlauf in das Kanalnetz nicht vorhanden, wird die gesamte überbaute und befestigte Fläche von der aus Niederschlagswasser in die genehmigte Anlage gelangt, in Abzug gebracht.
- (6) Ist auf dem Grundstück eine Versickerungsanlage den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechend mit Überlauf in die öffentliche Abwasseranlage vorhanden, reduziert sich die Größe der überbauten und befestigten Fläche, von der aus Niederschlagswasser abgeleitet wird, um 50 %.
- (7) Das Aufstellen von Regenwassertonnen bzw. vergleichbaren Regenauffangbehältern führt nicht zu einer Reduzierung der maßgeblichen Fläche nach Absatz 1.
- (8) Niederschlagswasser, das in die Anlagen zur Schmutzwasserbeseitigung eingeleitet wird, wird bei der Berechnung der Schmutzwassergebühren berücksichtigt (§ 16 Abs. 3 Nr. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 5). Die in die Schmutzwasserkanalisation entwässernde Fläche wird in diesem Fall bei der Berechnung der Fläche für die Niederschlagswassergebühr nicht berücksichtigt.
- (9) Für die zulässige Einleitung von Kühlwasser, Grundwasser, das bei einer Grundwasserabsenkung anfällt, und ähnlichem Wasser wird eine Gebühr für die Benutzung der Einrichtung der Niederschlagswasserbeseitigung erhoben. Die Gebührenfläche bemisst sich nach der Abwassermenge dividiert durch das langjährige Jahresmittel des Niederschlags von 0,85 m³ je m² Grundstücksfläche vervielfältigt mit dem Anrechnungsfaktor von 0,3. Die Abwassermenge hat der Gebührenpflichtige durch geeignete Messgeräte nachzuweisen; sie kann erforderlichenfalls geschätzt werden.
- (10) Für die Einleitung von Wasser aus Drainagen in die öffentliche Niederschlagswasseranlage wird die drainierte Fläche mit einem Abflussbeiwert von 0,20 als befestigte Fläche behandelt.

§ 19 Erhebungszeitraum

- (1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Soweit die Gebühr nach den durch Wasserzähler ermittelten Wassermengen erhoben wird (§ 16 Abs. 3, 4 und 5) und die Ableseperiode nicht mit dem Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) übereinstimmt, ist der Wasserverbrauch dem Erhebungszeitraum entsprechend dem anteiligen Verbrauch je Tag aus den verschiedenen Ableseperioden zuzuordnen.

§ 20 Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die jeweilige zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung angeschlossen ist und den zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen von dem Grundstück Abwasser zugeführt wird.

§ 21 Entstehung des Gebührenanspruchs

- (1) Der Gebührenanspruch entsteht mit der Inanspruchnahme, bei Gebühren für Niederschlagswasser am 31. Dezember jeden Jahres, bei Gebühren für die Einleitung von Schmutzwasser durch die Einleitung. Die Abrechnung entstandener Ansprüche erfolgt jährlich (§ 19); für Teilansprüche auf Schmutzwassergebühren und Niederschlagswassergebühren werden während des Jahres Vorauszahlungen erhoben (§ 22).
- (2) Wechselt der Gebührenschuldner während des Jahres, entsteht der Anspruch auf Schmutzwassergebühren für die Einleitung damit für den abgelaufenen Teil des Jahres. Bis zur Anzeige des Wechsels sind der bisherige und der neue Gebührenschuldner Gesamtschuldner.

§ 22 Vorauszahlungen

- (1) Ab Beginn des Erhebungszeitraumes können von der Stadt Husum Vorauszahlungen auf die Gebühren verlangt werden. Die Höhe richtet sich nach der voraussichtlichen Gebühr für das laufende Jahr. Als voraussichtliche Schmutzwassermenge wird die letzte abgerechnete Jahresmenge zugrunde gelegt.
- (2) Vorauszahlungen werden mit je einem Zwölftel des Betrages nach Absatz 1 Satz 2 am 1. jeden Monats erhoben. Soweit die Endveranlagung während des Jahres, für das Vorauszahlungen verlangt werden, erfolgt, werden die Vorauszahlungen auf die noch erreichbaren Fälligkeitstermine bis zum jeweiligen Jahresende verteilt.

§ 23 Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner sind die Grundstückseigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten, bei Wohnungs- oder Teileigentum die Wohnungs- oder Teileigentümer.

- (2) Mehrere Eigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner. Das gilt auch für die Wohnungs- und Teileigentümer in einer Eigentümergemeinschaft hinsichtlich der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren.
- (3) Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 24 Fälligkeit

Die Gebühren werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und 14 Tagen nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 25 Gebührensätze

Die Gebühr beträgt

- | | | |
|----|--|----------------------------|
| 1. | für die Schmutzwasserbeseitigung | 2,50 € je m ³ |
| 2. | für die Niederschlagswasserbeseitigung | 0,35 € je m ² . |

IV. Abschnitt: Gebühren für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung

§ 26 Grundsätze und Maßstab für die Gebühren bei dezentraler Schmutzwasserbeseitigung

- (1) Für die Vorhaltung und die Inanspruchnahme der dezentralen öffentlichen Schmutzwasseranlage werden von den Eigentümern der Grundstücke, von denen Schlamm aus Kleinkläranlagen oder Abwasser aus abflusslosen Gruben abgeholt und beseitigt wird, Gebühren erhoben.
- (2) Die Benutzungsgebühr für die Entleerung von in abflusslosen Gruben gesammelten Schmutzwassers und des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes wird nach der Menge des Schmutzwassers berechnet, die der dezentralen Anlage zugeführt wird. Die Menge umfasst auch das Spülwasser, soweit dies – insbesondere bei Kleinkläranlagen – erforderlich ist. Die Messung der Menge erfolgt am Schlammsaugwagen.
- (3) Zusätzlich wird für die Einsatzzeit des Schlammsaugwagens eine Gebühr erhoben. Die Einsatzzeit beginnt mit dem Verlassen des Betriebshofes und endet mit Abschluss des Entleerungsvorganges in das Entsorgungssystem. Es wird im 15-Minuten-Takt abgerechnet.

- (4) Sollte eine notwendige Abfuhr aufgrund nicht freiliegender Kammern/Abdeckungen nicht möglich sein, so sind die für die Leerfahrt entstandenen Kosten zu erstatten. Die Einsatzzeit endet in diesen Fällen mit der Rückkehr auf den Betriebshof bzw. mit Abfahrt zum nächsten Einsatzort.

§ 27 Gebührensätze

- (1) Die Benutzungsgebühr für den aus Kleinkläranlagen abgefahrenen Schlamm beträgt: 12,50 €/m³
- (2) Die Benutzungsgebühr für das aus abflusslosen Gruben / Tanks abgefahrene Schmutzwassers beträgt: 2,50 €/m³
- (3) Die Gebühr für die Nutzung des Schlammsaugwagens beträgt (incl. Personalkosten: 136,48 €/h.

§ 28 Gebührenpflicht und entsprechend anwendbare Bestimmungen

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht, sobald die Kleinkläranlage oder die abflusslose Sammelgrube in Betrieb genommen wird.
- (2) §§ 20, 21, 22; 23 und 24 gelten im Übrigen entsprechend.

V. Abschnitt: Verwaltungsgebühren

§ 29 Gegenstand der Gebühr

- (1) Die Stadt Husum erhebt für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten in eigenen Angelegenheiten Verwaltungsgebühren nach Maßgabe der folgenden Regelungen, soweit durch andere Rechtsvorschriften nichts Anderes bestimmt ist.
- (2) Auslagen, die im Zusammenhang mit einer Leistung entstehen, sind mit Ausnahme der in § 5 Abs. 5 Satz 2 KAG genannten finanziellen Aufwendungen in den Gebühren enthalten. Auslagen nach § 5 Abs. 5 Satz 2 KAG sind auch dann zu erstatten, wenn für die Leistung selbst keine Gebühr erhoben wird.
- (3) Die Gebührenpflichtige oder der Gebührenpflichtige soll vor der Leistung auf die Gebührenpflicht hingewiesen werden.

§ 30 Sachliche Gebührenfreiheit

- (1) Gebührenfrei sind:
 1. mündliche Auskünfte,
 2. schriftliche Auskünfte, die nach Art und Umfang und unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Wertes oder ihres sonstigen Nutzens für die Anfragende oder den Anfragenden eine Gegenleistung nicht erfordern,
 3. Leistungen, deren gebührenfreie Vornahme gesetzlich vorgeschrieben ist,
 4. Kostenentscheidungen.
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn dies im Einzelfall aus Gründen der Billigkeit oder des öffentlichen Interesses geboten ist.

§ 31 Persönliche Gebührenfreiheit

- (1) Von Verwaltungsgebühren sind im Rahmen ihrer rechtlichen Aufgabenstellung befreit:
 1. die Gemeinden, Kreise und Ämter, sofern die Amtshandlung nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft,
 2. Körperschaften, Vereinigungen und Stiftungen, die gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts dienen, soweit die Angelegenheit nicht einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb betrifft; die steuerrechtliche Behandlung als gemeinnützig oder mildtätig ist durch eine Bescheinigung des Finanzamtes (Freistellungsbescheid oder sonstige Bestätigung) nachzuweisen, und
 3. Kirchen, sonstige Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen, die die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben.
- (2) Die Gebührenfreiheit besteht nicht, soweit die in Absatz 1 Nummer 1 und 2 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen.
- (3) Die Vorschriften über die Amtshilfe bleiben unberührt.

§ 32 Höhe der Gebühren

- (1) Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem als Anlage anliegenden Gebührentarif, der Bestandteil der Satzung ist. Soweit sich die Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes richtet, ist der Wert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Wird die Gebühr nach Aufwand berechnet, so ist die Dauer und die Anzahl des eingesetzten Personals maßgeblich. Die Gebühr ist pro angefangene 15 Minuten nach den im Gebührenteil ausgewiesenen Personalstundensätzen zu entrichten. Für die Berechnung der Gebühr werden Centbeträge auf volle EURO abgerundet.

- (2) Soweit für den Ansatz der Gebühr ein Gebührenrahmen ausgewiesen wird, ist die Höhe der Gebühr unter Berücksichtigung der Bedeutung, des wirtschaftlichen Wertes oder des sonstigen Nutzens der Amtshandlung für den Gebührenpflichtigen und des Umfangs, der Schwierigkeit und des Zeitaufwandes für die Amtshandlung festzusetzen.
- (3) Wird ein Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Verwaltungsgebühr erhoben. Dasselbe gilt bei Rücknahme eines Antrages, wenn mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen ist. Die vorgesehene Verwaltungsgebühr ermäßigt sich um ein Viertel, wenn
 1. ein Antrag zurückgenommen wird, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Amtshandlung aber noch nicht beendet ist,
 2. ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird oder
 3. eine Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen wird.
- (4) Eine Gebühr für Widerspruchsbescheide wird nur erhoben werden, wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird. Sie darf höchstens die Hälfte der Gebühr für den angefochtenen Verwaltungsakt betragen.

§ 33 Gebührenpflichtige

Zur Zahlung der Gebühr und zur Erstattung von Auslagen ist verpflichtet, wer die Leistung beantragt, veranlasst oder die Kosten durch eine ausdrückliche Erklärung übernommen hat. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 34 Entstehung der Gebühren- und Erstattungspflicht, Fälligkeit

- (1) Die Gebührenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der Stadt Husum, im Übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Leistung.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages, in den Fällen des § 5 Abs. 5 Nr. 5 2. Halbsatz KAG mit der Beendigung der kostenpflichtigen Amtshandlung.
- (3) Die Gebühr und die Auslagenerstattung werden durch Kostenbescheid festgesetzt. Sie werden 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (4) Eine Amtshandlung, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

VI. Abschnitt: Sonstige Gebühren

§ 35 Gebühren für sonstige Abwasserbeseitigung

- (1) Für die Beseitigung von Schmutzwasser, das durch nicht dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegende Dritte angeliefert wird, werden Gebühren erhoben. Die Gebühr wird nach der angelieferten Menge und der Schmutzfracht berechnet.
- (2) Für die Beseitigung von Fäkalschlamm, der durch nicht dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegende Dritte angeliefert wird, werden Gebühren erhoben. Die Gebühr wird nach der angelieferten Menge berechnet. Notwendiges Spülwasser wird der angelieferten Menge hinzugerechnet.
- (3) Die Gebühren nach den Absätzen 1 und 2 entstehen mit der Einleitung bzw. Beseitigung. §§ 33, 34 gelten im Übrigen entsprechend.

§ 36 (entfallen)

§ 37 Gebühren für den Einsatz der TV-Kamera

- (1) Die Stadt Husum erhebt für den Einsatz der TV-Kamera Gebühren. Maßstab für die Gebührenerhebung ist die Nutzungsdauer. Es wird je angefangene 15 Minuten abgerechnet. Die Gebühr beinhaltet nicht die Kosten des für den Einsatz notwendigen Personales; diese werden zusätzlich nach Maßgabe des § 38 iVm. erhoben.
- (2) Die Gebühr entsteht mit der Beendigung des Einsatzes der TV-Kamera. §§ 33, 34 gelten im Übrigen entsprechend.

§ 38 Gebühren für sonstige Leistungen

- (1) Für weitere Leistungen, die die Stadt Husum im Rahmen der Abwasserbeseitigung erbringt, werden Gebühren erhoben. Die Gebühr wird nach der Dauer der Tätigkeit und der Anzahl des eingesetzten Personales berechnet, wobei eine Abrechnungseinheit 15 Minuten beträgt.

- (2) Auslagen, die im Zusammenhang mit einer Leistung entstehen, sind mit Ausnahme der in § 5 Abs. 5 Satz 2 KAG genannten finanziellen Aufwendungen in den Gebühren enthalten. Auslagen nach § 5 Abs. 5 Satz 2 KAG sind auch dann zu erstatten, wenn für die Leistung selbst keine Gebühr erhoben wird.
- (3) Die Gebühr entsteht mit vollständiger Leistungserbringung. Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages, in den Fällen des § 5 Abs. 5 Nr. 5 2. Halbsatz KAG mit der Beendigung der Leistung. §§ 33, 34 gelten entsprechend.
- (4) Die Gebühren werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und sind 14 Tage nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 39 Gebührensätze

Die Höhe der Gebühren für die Beseitigung von Schmutzwasser bzw. Fäkalschlamm von Dritten (§ 35 Abs. 1 und Abs. 2), für die Abwasserabgabe (§ 36), den Einsatz der TV-Kamera (§ 37) und die sonstigen Leistungen (§ 38) richtet sich nach dem als Anlage 1 anliegenden Gebührentarif, der Bestandteil der Satzung ist.

VII. Abschnitt: Kostenerstattungen für Grundstücksanschlüsse

§ 40 Erstattung von Grundstücksanschlusskosten

- (1) Die Aufwendungen für die Herstellung, Änderung, Erweiterung, den Umbau sowie die Abtrennung und Beseitigung von Grundstücksanschlüssen bis zum Übergaberevisions-schacht bzw. bis maximal 1 m auf das Grundstück (§ 6 Ziff. 3 Allgemeine Abwassersatzung) sind der Stadt Husum in der tatsächlich geleisteten Höhe zu erstatten.
- (2) Der Erstattungsanspruch entsteht mit dem Abschluss der Arbeiten am Grundstücksanschluss.
- (3) Der Erstattungsanspruch wird durch Bescheid festgesetzt und ist einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.
- (4) Die Aufwendungen für die Erneuerung von Grundstücksanschlüssen sowie die Kosten für die Unterhaltung werden bei der Kalkulation von Gebühren berücksichtigt.

VIII. Abschnitt: Gemeinsam geltende Vorschriften

§ 41 Umsatzsteuer

Soweit eine Leistung, für die eine Gebühr, ein Beitrag oder Kostenersatz nach dieser Satzung erhoben wird, der Umsatzsteuerpflicht unterliegt, ist zusätzlich die Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe zu zahlen.

§ 42 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

- (1) Die Grundstückseigentümer haben der Stadt Husum jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung von Abgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Insbesondere zur Vorbereitung der Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung haben die Grundstückseigentümer Erklärungen auf den von der Stadt Husum bereitgestellten Vordrucken abzugeben. Diese Erklärungen sind Abgabenerklärungen im Sinne der § 149 ff. Abgabenordnung (entsprechend anwendbar nach § 11 Abs. 1 Satz 2 Kommunalabgabengesetz). Werden Erklärungen nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt, ist die Stadt Husum berechtigt, die erforderlichen Daten zu schätzen.
- (2) Zur Überprüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit der gegebenen Auskünfte und der abgegebenen Erklärungen haben die Grundstückseigentümer und die Benutzer des Grundstücks den mit einem Ausweis versehenen Beauftragten der Stadt Husum den Zutritt zu ihrem Grundstück und zu ihren Räumen zu gestatten. Die Beauftragten der Stadt Husum dürfen Wohnungen nur mit Einwilligung des Berechtigten, Betriebs- und Geschäftsräume ohne Einwilligung nur in den Zeiten betreten, in denen sie normalerweise für die jeweilige geschäftliche oder betriebliche Nutzung offen stehen. Grundstückseigentümer und Besitzer sind verpflichtet, die Überprüfungen zu dulden und dabei Hilfe zu leisten. Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn der Grundstückseigentümer nicht bereit ist, seinen Pflichten nachzukommen, oder wenn die Stadt Husum die erforderlichen Daten aus anderen Gründen selbst ermitteln muss.
- (3) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Stadt Husum sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen (z.B. grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- oder Abwassermessvorrichtungen), so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich der Stadt Husum schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

§ 43 Datenverarbeitung

- (1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Stadt Husum berechtigt, folgende Daten gemäß Art. 6 Absatz 1 lit. e) EU-DS-GVO in Verbindung mit § 3 Abs. 1 LDSG und § 24 der Allgemeinen Abwassersatzung der Stadt Husum zu erheben:

1. Angaben aus den Grundsteuerakten der Stadt Husum und des Amtes Nordsee-Treene, wer der/die Grundstückseigentümer des jeweils zu veranlagenden Grundstückes ist/sind und dessen Anschrift, sofern § 31 Absatz 3 AO nicht entgegensteht,
 2. Angaben des Grundbuchamtes aus den Grundbuchakten und des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein aus dem Liegenschaftskataster sowie den Geobasisdaten, wer der/die Grundstückseigentümer des jeweils zu veranlagenden Grundstückes ist/sind und dessen/deren Anschrift,
 3. Angaben von Meldebehörden aus dem Melderegister über die Zahl der auf dem Grundstück gemeldeten Personen soweit diese Daten nicht im Rahmen der Auskunftspflicht (§ 30) zu erhalten sind,
 4. Daten, die unmittelbar aus allgemein zugänglichen Quellen zu entnehmen sind,
 5. Daten zur Wasserverbrauchsmenge, die von den örtlichen Wasserversorgern, Stadtwerke Husum GmbH und des Wasserverbandes Treene übermittelt werden,
 6. Daten des Grundstückseigentümers, der diese nach § 12 und § 26 der Allgemeinen Abwassersatzung der Stadt Husum mitgeteilt hat,
 7. Daten der Abfuhrmengen von Fäkalschlamm und Abwasser, die vom Beauftragten nach § 21 Abs. 5 der Allgemeinen Abwassersatzung ermittelt werden,
 8. Übermittelte Informationen über Eigentümerwechsel nach § 26 Abs. 4 der Allgemeinen Abwassersatzung der Stadt Husum durch den vorherigen Eigentümer oder Vorbesitzer,
 9. Daten aus Bebauungsplänen und Außenbereichssatzungen,
 10. Daten aus Gutachten von amtlich anerkannten Sachverständigen nach § 16a,
 11. Angaben zur qualifizierten Person, die den Nebenzähler nach § 16 Abs. 6 eingebaut hat.
- (2) Die nach Absatz 1 erhobenen sowie die weiteren im Zusammenhang mit der Abwasserentsorgung angefallenen und anfallenden personenbezogenen Daten darf die Stadt Husum nur zum Zwecke der Erfüllung Ihrer Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, insbesondere zur Ermittlung des oder der Anschluss-, Benutzungs- und Überlassungspflichtigen und der auf dem jeweiligen Grundstück vorhandenen Haushalte sowie zum Zwecke der Abgabenerhebung nach der Beitrag- und Gebührensatzung, speichern und weiterverarbeiten.
- (3) Die nach Absatz 1 erhobenen personenbezogenen Daten sind, soweit es nicht um Daten des nach §§ 9, 22 Verpflichteten handelt, nach Unanfechtbarkeit des ersten erlassenen Grundlagenbescheides zu löschen. Danach darf neben den Daten des nach §§ 9, 22 Verpflichteten nur die Zahl der auf dem Grundstück gemeldeten Personen gespeichert werden
- (4) Bezüglich der Löschung der personenbezogenen Daten findet Art. 5 Absatz 1 lit. c) und lit. e) EU-DS-GVO Anwendung.

§ 44 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des §18 Abs.2 Nr.2 des Kommunalabgabengesetzes handelt, wer entgegen

- a) § 16 Abs. 5, Abs. 6 die zur Berechnung der Gebühren notwendigen Auskünfte nicht erteilt,
- b) § 17 Abs. 3 Änderungen der für die Gebührenerhebung erforderlichen Daten nicht erteilt,
- c) § 30 Abs. 2 den Beauftragten der Stadt Husum Zutritt zum Grundstück und den Räumen nicht gestattet,
- d) § 30 Abs. 4 einen Wechsel in den Rechtsverhältnissen am Grundstück nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld bis zu 500 € geahndet werden.

§ 45 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Husum vom 25.11.2021 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 24.11.2022 außer Kraft. Die 2. Änderungssatzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.
- (3) Soweit Abgabenansprüche vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstanden sind, gelten die dafür maßgebenden Regelungen.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt:

Husum, den 25.11.2021

gez. M. Kindl
Bürgermeister

(Siegel)

Öffentlich bekannt gemacht:

Ursprungssatzung vom 25.11.2021	HN 22.12.2021	Internet 23.12.2021
1. Änderungssatzung vom 24.11.2022	HN 15.12.2022	Internet 16.12.2022
2. Änderungssatzung vom 30.11.2023	HN 14.12.2023	Internet 15.12.2023

Anlage zur der Beitrags- und Gebührensatzung Abwasserbeseitigung (Tarifteil)

**Gebührenübersicht der
Stadt Husum (Stadtwerke Husum – Abwasserentsorgung)**

Grundlage	Bezeichnung	Gebühr
§ 29		
1.	Entscheidungen über die Zulassung von Grundstücksentwässerungsanlagen nach § 11 der Abwassersatzung je Antrag	
1.1.	je Gebäude für den Neubau eines Wohngebäudes	
1.1.1.	Wohngebäude mit einer Wohneinheit	185,16 €
1.1.2.	Wohngebäude mit zwei Wohneinheiten	218,17 €
1.1.3.	Wohngebäude mit drei bis sechs Wohneinheiten	317,19 €
1.1.4.	Wohngebäude mit mehr als sechs Wohneinheiten	350,20 €
1.2.	je Gebäude für den Neubau einer Gewerbeinheit	
1.2.1.	ohne Anfall von behandlungsbedürftigem Abwasser	317,19 €
1.2.2.	mit Anfall von behandlungsbedürftigem Abwasser	350,20 €
1.3.	Für sonstige Bauvorhaben	nach Aufwand
1.4.	Bei Nachträgen zu Bauvorhaben gem. 1.1., 1.2, 1.3	nach Aufwand
1.5.	Für die Erweiterung, Ergänzung oder Veränderung von Grundstücksentwässerungsanlagen	nach Aufwand
§ 35		
2.1.	Gebühren für die Beseitigung von Schmutzwasser von Dritten	2,50 €/m ³
2.2.	Gebühren für die Beseitigung von Fäkalschlamm von Dritten	21,39 €/m ³
§ 37		
4.1.	Einsatz TV-Kamera	91,62 €/h
§ 38		
5.1.	Personalstundensatz (Techniker / Verwaltung)	60,64 € /h
5.2.	Personalstundensatz (Technisches Personal / Facharbeiter)	47,39 € /h